

Preisstopp auch in der Bundesrepublik?

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 14, 24.02.1971, Seite 1

Eins der Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ist die Preisstabilität; die EWG soll eine Stabilitätsgemeinschaft werden. Die Realität sieht anders aus: die EWG ist mit einer durchschnittlichen Steigerung des Lebenshaltungsindex von 5 Prozent im Jahre 1970 eher eine Inflationsgemeinschaft, und auch die Bundesrepublik ist mit einer Steigerungsrate von knapp 4 Prozent im Jahre 1970 nicht gerade ein Muster an Stabilität gewesen. Noch höhere Preissteigerungsraten als diese (nämlich 7 Prozent) haben Schweden veranlaßt, einen umfassenden Preisstopp für alle Waren und Dienstleistungen, vorerst befristet bis zum 31. März 1971, einzuführen.

„Volkes Stimme - Gottes Stimme?“

Würde man in der Bundesrepublik eine Volksabstimmung abhalten mit der Frage: „Wollen Sie weiterhin steigende Preise oder soll nicht besser ein Preisstopp eingeführt werden?“; die Vermutung spräche dafür, daß die Mehrheit für einen Preisstopp ihre Stimme abgeben würde. Gilt auch hier der Spruch „Volkes Stimme, Gottes Stimme?“

Es scheint ja auch durchaus plausibel zu sein die Preise steigen, das will aber keiner, also Preisstopp. — Wer dies aber fordert, vergißt eins: er gefährdet damit unsere marktwirtschaftliche Ordnung, die ja auch Eingang in den Zielkatalog des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gefunden hat. Marktwirtschaft heißt aber nichts anderes, als daß über Preisveränderungen ein Regelmechanismus ausgelöst wird, der zur Folge hat, daß Kapital und Arbeit an den Ort der günstigsten Verwendung gesteuert werden und die Produktion sich an den Bedürfnissen der Konsumenten ausrichtet. Preisänderungen führen zu Mehrproduktion der Güter mit relativ stärker steigenden Preisen, da hier die Nachfrage größer ist als das Angebot, zu einer Minderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur mit positiven Wirkungen auf wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand der Bevölkerung.

Ein Ansteigen der Summe aller Preise, des Preisniveaus - nur hier ist die Preisstabilität gefährdet, nicht aber bei einer Veränderung der relativen Preise - zeigt eine gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichtssituation zwischen volkswirtschaftlichem Gesamtangebot und der Gesamtnachfrage an, die durch einen Preisstopp nicht verändert werden kann. Die Forderung nach einem Preisstopp erinnert an den Mann, der das Thermometer wegwirft, um das Badewasser abzukühlen.

Es könnte aber nun jemand kommen, der die Funktionen des Preises durchaus sieht, der aber im Hinblick auf die Preissteigerungen diese für unwichtig erachtet: Hauptsache, daß die Preise stabil sind.

Was aber muß geschehen, daß die Preise auch wirklich starr bleiben? Es genügt nämlich nicht, daß die Verbraucherpreise fest gebunden werden. Alle Preise auf allen Märkten müßten im Prinzip konstant sein: Zinsen, Löhne, Importgüterpreise. Praktisch müßte die gesamte Preisstruktur der Volkswirtschaft eingefroren werden.

Die Unternehmen würden aber bald Möglichkeiten erfinden, um ihre Gewinnsituation zu verbessern. Die Verschlechterung der Warenqualität wäre eine Möglichkeit, die Verminderung des Service eine andere. Ein Preisstopp könnte weiterhin den „Erfolg“ haben, daß gerade die Produktion der Güter eingestellt wird, die besonders den Bedürfnissen der Verbraucher entsprechen. Angebotsreduzierungen und/oder Angebotsverschlechterungen wären also die Folge des Preisstopps. Um die Ausweicheffekte der Unternehmen zu verhindern, müßten zusätzliche staatliche Kontrollen eingeführt werden, die die Qualität der Güter überwachen und die Produktion bestimmter Güter anordnen müßten. Im Extremfall und bei „deutscher Gründlichkeit“ stünde die Rationierung des Angebots mit all seinen negativen Wirkungen wie Schlangestehen und Beziehungshandel am Ende eines solchen Preisstopps. Graue und schwarze Märkte würden nur noch ein Zerrbild der Marktwirtschaft abgeben.

Auch vorübergehend unwirksam

Diesen düsteren Perspektiven könnte man entgegenhalten, daß der Preisstopp ja nur als vorübergehende Maßnahme eingeführt werden könnte. Alle Erfahrungen mit kurzfristigen Preisreglementierungen nach dem Kriege haben aber gezeigt, daß nach der Aufhebung der Reglementierung die Preise um so schneller stiegen; die sogenannte aufgestaute Inflation bleibt eine Inflation.

Wie wenig erfolgreich auch die milderen Formen der Preisreglementierung sind, zeigt die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik. Es nützt nur wenig, wenn Bundesregierung und Bundesbank mit erhobenem Zeigefinger auf die Tarifpartner einreden, doch bei den Preisen und Löhnen maßzuhalten, den Titel „Oberschiedsrichter“ hat allerdings Bundesbankpräsident Klasen in der letzten Zentralbanksitzung von sich gewiesen.

Nur eins wäre erfolgreich: Man darf die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte gar nicht erst entstehen lassen. Da dies anscheinend nicht möglich ist, ist die zweitbeste Lösung die, durch eine restriktive Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik diese Ungleichgewichte langsam und vorsichtig wieder zu beseitigen. Ein Preisstopp würde nur die Symptome kurieren aber nicht die Wurzel des Übels beseitigen.

